

Pressemitteilung

Koalitionsverhandlungen: Verband der Fleischwirtschaft fordert schnelle Einigung auf erforderliche Reformen

Bonn, 17.03.2025 – „Schuldenfinanzierte Investitionsprogramme können nur dann nachhaltig wirken, wenn gleichzeitig die erforderlichen Reformen angegangen werden, die eine selbsttragende Wachstumsdynamik auslösen“, kommentiert Steffen Reiter, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Fleischwirtschaft e.V. (VDF), die beabsichtigte Grundgesetzänderung von CDU, CSU, SPD und Grünen.

„Unnötige Bürokratie, fehlende Planungssicherheit, nationale Alleingänge, hohe Energiekosten, mangelndes Vertrauen in unternehmerisches Handeln haben die Wettbewerbsfähigkeit von Made in Germany erheblich eingeschränkt“, so Reiter. Die neue Bundesregierung müsse in diesen Bereichen entschieden gegensteuern. „Ich erwarte, dass die Parteien in ihrer Koalitionsvereinbarung hier wahrnehmbare Akzente setzen.“

Für die Fleischwirtschaft stehen dabei die Abschaffung oder zumindest Aussetzung des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes bei gleichzeitiger Stärkung der etablierten und bekannten Systeme wie der Initiative Tierwohl, eine ambitionierte Außenhandelsagenda und die Schaffung von Planungs- und Investitionssicherheit im Mittelpunkt.

Reiter: „Es braucht mehr Freiheit für wirtschaftliche Entwicklung und kluge Zielvorgaben statt kleinteiliger, wirtschaftsfeindlicher Vorgaben, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Fleischwirtschaft gestärkt und der Tierhaltungsstandort Deutschland für eine sichere Selbstversorgung mit Lebensmitteln dauerhaft erhalten wird.“

Pressekontakt:

Verband der Fleischwirtschaft e. V., Tel.: +49 (0) 228 914 240, info@v-d-f.de